

Pflegegeld steigt jährlich

Die automatische jährliche Erhöhung des PFG um die Inflationsrate (erstmalig 1.1.2020) war auch eine Forderung der GPF-Pensionistenvertretung. Neben der Abschaffung des Pflegeregresses sind

das erfreuliche Fortschritte, an die man sich schnell gewöhnt.

Diese Maßnahmen reichen aber bei weitem nicht aus um Angehörige zu entlasten. Sowohl die vorige als auch die der-

zeitige Bundesregierung haben eine Pflegereform angekündigt. Konkrete Ergebnisse gibt es keine. Seit Jahren werden Pflegebedürftige und Angehörige gehalten.

Pensionsanpassung 2021

- **Stärkeres Plus für kleine Pensionen**
- **Ausgleichszulage auf 1.000,- Euro erhöht**

1,5 Prozent beträgt die Inflationsrate um die sämtliche Pensionen 2021 zu erhöhen wären. 1,2 Millionen PensionistInnen erhalten jedoch 3,5 Prozent mehr Pension. Mit der Erhöhung der Ausgleichszulage auf 1.000,- Euro steigt zugleich die sogenannte „Mindestpension“ ebenfalls auf diesen Betrag.

Kritikpunkt lineare Absenkung

Brutto-Pension 2020	Erhöhung 2021
bis 1.000 €	3,5%
bei 1.100 €	3,0%
bei 1.200 €	2,5%
bei 1.300 €	2,0%
ab 1.400 €	1,5%
ab 2.333 €	35 € Fixbetrag

Die lineare Absenkung ab 1.000,- Euro ist aus Gründen der Teuerung im Bereich der existenziellen Lebenshaltungskosten zu steil. Wie aus Verhandlungskreisen zu erfahren war, ließ der Bundeskanzler über eine Abflachung der Kurve nicht mit sich reden.

Die lineare Absenkung ab 1.000,- Euro ist aus Gründen der Teuerung im Bereich der existenziellen Lebenshaltungskosten zu steil. Wie aus Verhandlungskreisen zu erfahren war, ließ der Bundeskanzler über eine Abflachung der Kurve nicht mit sich reden.

Fixbetrag nicht fair

Es mag zwar populär klingen wenn Pensionen über 2.333,- Euro mit einem Fixbetrag (€ 35,-) erhöht werden. Verbunden ist damit jedenfalls für ca. 500.000 PensionistInnen ein realer Pensionsverlust der nie mehr aufgeholt werden kann, weil der Fixbetrag den Kaufkraftverlust nicht

Pensionserhöhungen ab 1. Jänner 2021 nach Gesamtpensionshöhe/Monat

bis 1.000,00 €	→	+ 3,5 %
über 1.000,00 € bis 1.400,00 €	→	+ 3,5 % bis + 1,5 % linear sinkend
über 1.400,00 € bis 2.333,00 €	→	+ 1,5 %
über 2.333,00 €	→	Fixbetrag von 35,00 € brutto

ausgleicht. Fair ist diese Maßnahme nicht. Schließlich müssen von dieser Gruppe höhere Pensions- und Pensionsversicherungsbeiträge entrichtet werden, dafür könnte man sich auch den Inflationsausgleich erwarten. Im Durchschnitt verlieren diese PensionistInnen rund 150,- Euro brutto/Jahr.

Luxuspensionen von Türkis/Grün nicht angetastet



Luxuspensionen über 10.000,- Euro (!) werden hingegen von der Regierung völlig ignoriert und bekommen die volle Inflationsabgeltung, die bei dieser Höhe 150,- Euro /Monat ausmacht. 2017 und 2018 wurde unter Bundeskanzler Kern die Erhöhung der Luxuspensionen begrenzt. Danach wurde nie wieder eingegriffen!

SPÖ-Anträge im Nationalrat

Die Sozialdemokraten brachten im Nationalrat einen Entschließungsantrag ein,

wonach Pensionen zwischen 2.333,- Euro und 3.600,- Euro (ASVG Höchstpension) um die Inflationsrate von 1,5 Prozent erhöht werden sollen.

Darüber hinaus sollten Sonderpensionen mit einem Fixbetrag begrenzt werden.

Fazit: Von der Türkis/Grünen Mehrheit im Parlament abgelehnt.

Um 450,- Euro höhere Bauernpension

Rückwirkend mit 1. Jänner 2020 hat die Regierung Bauernpensionen um 450,- Euro/Jahr dauerhaft erhöht. Bei diesem schweren Paket für etwa 166.000 Bauern handelt es sich um keinen Einmaleffekt sondern um jährlich zu berappende Kosten die aus Beitragsenkungen und Leistungserweiterungen resultieren.

Dabei sinkt der Eigenfinanzierungsgrad bei Bauernpensionen seit Jahren und liegt derzeit bei ca. 14 Prozent, während bei ArbeitnehmerInnen dieser etwa 85 Prozent beträgt.

Die SchwerarbeiterInnen müssen sich die zusätzlichen Kosten von 11 Millionen durch höhere Beiträge selbst finanzieren.